Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neukauf an Wochentagen gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer werden Nachmittags Freitags die Petitzeile 20 Pfge.

Hut-Fabrik C. F. Lehmann,
Königlicher Hoflieferant,
Scheffelstrasse Nr. 24,
Vom Vater gegr. im Jahre 1810, mit der Hutfabrik Albert Rost vereinigt 1873.
ff. Seidenhüte, Filzhüte, Uniform-, Jagd-, Livreehüte, Stroh-, Stoff-, Panama-, Palmhüte, Knabenhüte, Mützen.

Hotel zum Bad in Tharandt.
herrlichster, angenehmster Aufenthalt in Tharandt, empfiehlt hochgeehrten Herrschaften, Vereinen, Touristen etc. schön behaglich möblirte Wohnungen mit oder ohne Pension, sowie Garten, Saal, Restauration und Kegelbahn. Stets frische Forellen, vorzügliche Küche, Keller und Bedienung. Ausspannung. Hochachtungsvoll
H. W. Donner, Besitzer.

Specialité
feiner eleganter Wiener Cravatten
empfiehlt in grösster Auswahl
Albert Sieber,
Nr. 9 Frauenstrasse Nr. 9.

Nr. 140. Witterung vom 19. Mai: Barometer nach Oskar Böttcher, Wallstraße 15 (Abds. 6 U.) 700 Mill., seit gestern 9 Mill. gefallen. Thermometerstg. n. Reaum.: 10° M., nieder. Temp. 9° M., höchste Temp. 20° M. West-Wind. Wolkenzug.

Aussichten für den 20. Mai: Wolkig bis trübe, ziemlich warm, etwas Regen.

Freitag, 20. Mai.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Noch über das Pfingstfest hinaus in Berlin tagen, berathen, abstimmend aufstehen, hammelspringen, Bravo rufen, zischen und sonstige Abgeordnetenthätigkeit ausüben zu müssen — unerträglicher Gedanke! Der Reichstag ist zwar keine Lotosblume, aber er würde sich doch in der Pracht der Berliner Junisonne ängstigen. Weg von Berlin — in diesem Loosungsworte finden sich einträchtig Konservative und Fortschrittler, Klerikale und Sozialdemokraten einmüthig zusammen. Die allgemeine Abneigung, nach dem Pfingstfeste noch über eine ganze Masse von Gesetzesvorlagen und Anträgen in verschiedenen, mehr oder weniger feurigen Zungen reden zu müssen, hat die Häupter des Reichstages genöthigt, unter sie zu treten und eine fürchterliche Musterung zu halten. Nur wenige Stücke fanden Gnade vor den Augen der Gestrengen, das Meiste wurde in das Reich der Schatten geschickt. Von dem bethlehemitischen Kindermord bleiben also verschont: das Unfallversicherungsgesetz, die Reform der Innungen, die Ermäßigung der Gerichtskosten und die Einführung der Börsensteuer. Zu alle Dem kann man nur sich beifällig äußern; auch daß das Trunksuchtsgesetz höchst wahrscheinlich in die Papiergruft wandert, wo Wehr- und Biersteuer schlummern, wird als Wohlthat empfunden werden. Höchstens dürfte es unserem Mitbürger Dr. v. Schwarze einen tiefen Seufzer entlocken, daß die monatelange Arbeit, die sein Bienenfleiß und sein juristisches Wissen daran gesetzt haben, das völlig unbrauchbare Trunksuchtsgesetz einigermaßen lebensfähig zu machen, vergeblich war. So viel Arbeit um ein Leichentuch! Unerledigt bleiben u. A. liegen: der Antrag, der den Gebrauch von Malz- und Hopfensurrogaten verbieten wollte, um dem deutschen Volke ein gesundes, reines Bier zu schaffen und der höchstens für die Verwendung von Reis und Mais eine Ausnahme dann gestattet hätte, wenn man dann das leichte dünne Reis- und Maisgebräu „Meth" genannt hätte; ferner die Anträge, um die Plage des Unterstützungswohnsitzes los zu werden, endlich auch die beantragten Abänderungen des Genossenschaftsgesetzes. Diese und andere Dinge wurden an die Ausschüsse verwiesen, was nur eine ehrenvollere Form des Begräbnisses ist.

Mit dem Genossenschaftsgesetze haben die Gewerbtreibenden neben vielem Guten, was dasselbe gewirkt, doch auch sehr üble Erfahrungen gemacht. Aus dieser Wahrnehmung war der Antrag Ackermann's hervorgegangen, der allerdings eine Reform an Haupt und Gliedern verlangt und mit den Auswüchsen des Genossenschaftswesens nicht viel Federlesens macht. Die Spekulation in Mobilien und Grundbesitz, namentlich auch in Effekten, die sehr viele Vorstände von Spar- und Vorschußvereinen gemacht haben, die Kredite, die sie sich als eine uncontrolirte Kameradschaft gegenseitig aus der Genossenschaftskasse gewährten und eine ganze Reihe anderer Mißbräuche will der Antrag Ackermann unmöglich machen. Der Antrag ist ein wahres Leporellverzeichniß der Geschäftssünden, die sich gar viele Biedermänner, an der Spitze von Spar- und Vorschußvereinen, bisher ungestraft erlaubten. Die Gelder der Mitglieder wurden nicht selten bisher ihrem eigentlichen Zwecke: den Handwerkern, Gewerbtreibenden und Geschäftsleuten billigen Kredit zu gewähren, entzogen und zu tollen Spekulationen verwendet. Wie viele Vorstandsmitglieder mögen dabei ihr Schäfchen geschoren haben, wenn sie mit dem Gelde der Genossenschafter in Galizien Güter kauften, die nach kurzer Bewirthschaftung unter den Hammer kamen, oder wenn sie mit den Gesellschaftskapitalien an der Börse spekulirten oder sie ihrem Gevatter im Vorstande zu dessen Privatspekulationen vorschossen! Woher sonst die Zusammenbrüche von Spar- und Vorschußvereinen, die in Sachsen so viele Millionen Verluste herbeiführten? Wenn nach Ackermann's Vorschlag künftig solche Spekulationen und Gevatterschaftsgeschäfte gesetzlich verboten sind, wenn ferner z. B. aller Vierteljahre die Schuldnerliste eines Vorschußvereins gehörig geprüft und den Gemeinden die Ueberwachung solcher Vereine, in deren Händen die Zahlungsfähigkeit und Existenz Tausender von Gemeindebürgern ruht, anvertraut wird, so ist das ein wahrer Segen. Natürlich lockt ein derartiger, verständiger, gemeinnütziger Antrag sofort den Zorn Eugen Richter's heraus. Dieser Jafner verwandelt sich gern in den Lindwurm der Nibelungensage, um die Schätze des mobilen Kapitals für die Judenschaft eifersüchtig zu bewachen. Er macht verzweifelte Anstrengungen, um aus seiner Höhle ein, zwei Schritte herauszukrabbeln und in kläglicher Unbehilflichkeit schnaubt er fortwährend: Polizei! Polizei! Er behauptet nämlich, wenn man Ordnung in der Gebahrung mit fremdem Eigenthum verlange, schreie man nach Polizei. So mag sich denn dieser Judenheilige gesagt sein lassen, daß sich das ganze germanische Volk zehntausendmal lieber gesetzliche Schranken auch beim Verkehre des mobilen Kapitals gefallen läßt, als daß nach Richter's Weisheit unter dem Anscheine der Freiheit nach und nach die Volksersparnisse in die Hände der Orientalen übergehen. Auch die Vorschußvereine sind auf dem Wege, statt den arbeitsamen Geschäftsmann mit billigen Kapitalien zu unterstützen, Werkzeuge des Großkapitalismus zu werden und Wer diesen dirigirt und dabei das Fett abschöpft, Das ist bekannt genug!

Die französischen Generäle in Tunis wollen Alles aufbieten, um die bisher unsichtbaren Krumirs zu zwingen, sich in einer einigermaßen ansehnlichen Zahl von französischen Soldaten todtschießen zu lassen. Sie dürsten nach Kriegsruhm, den die unblutig militärische Promenade nicht gewährt hat. Ihre prahlerischen Proklamationen sind bereits dem verdienten Spotte ihrer Landsleute verfallen. Die französ. Soldaten haben manchen beschwerlichen Marsch machen müssen und die Unbequemlichkeiten von Bivouaks bei strömendem Regen gut und wacker ertragen; war dies aber ein Grund, in Tagesbefehlen die Verdienste der Soldaten in den Himmel zu heben, weil sie die Güte hatten, 13—28 Tage Dienste zu thun, ohne den Anstrengungen des Berufs zu erliegen oder zu meutern? Die unblutige Besetzung der Insel Tabarka feierten die Generäle als einen großen Seesieg, die Erkletterung eines unvertheidigten Hügels als den Sturm einer großen Veste! Nunmehr rückt General Bréart allen Ernstes den Krumirs auf den Leib, läßt aber bei Tunis ein Observationskorps zurück. Unter den Arabern gährt es nicht unbedenklich. Der Sultan hat den Vertrag zwischen dem Bey und den Franzosen als null und nichtig erklärt, weil Jener ihm angezeigt, daß er den Vertrag nur gezwungen und unbesehen unterschrieben habe. Der Sultan will den Bey nun ganz absetzen, der sich dann freilich völlig den Franzosen in die Arme werfen würde. Die Araber sehen aber als gute Muhamedaner in dem Sultan immer noch ihr Oberhaupt. Mit Rücksicht auf diese Stimmung erklärte der französ. Minister St. Barthélémy den Engländern: Frankreich habe in Algier bereits mit 2½ Millionen Arabern zu schaffen, die zur Unbotmäßigkeit und zu Erregung von Unruhen geneigt seien und denke nicht daran, diese Zahl durch 1,000,000 Araber in Tunis zu vermehren. Wir Deutschen sind in der günstigen Lage, ruhig zuzusehen, wie Frankreich mit seiner neuen Erwerbung fertig wird. Will Frankreich mit uns ehrliche Freundschaft in Bundesgenossenschaft abschließen, so sind wir bereit, mit ihm in der tunesischen und der Mittelmeerfrage Hand in Hand zu gehen und ihm alle moralische Hilfe seinen italienischen und englischen Konkurrenten gegenüber zu gewähren. Aber Frankreich muß uns auch Etwas dafür bieten. Denn warum sollte Deutschland nicht auch für die italienischen und englischen Interessen am Mittelmeer eintreten und die Mißstimmung dieser Länder gegen Frankreich zu seinem Vortheile benutzen? Für Frankreich bieten sich jetzt die besten Chancen — aber es muß auch seinem deutschen Nachbar etwas bieten können, Freundschaft und Bundesgenossenschaft, welche die Realisirung jener Ideen ermöglicht, die Bismarck schon des Oefteren angeregt hat, die Errichtung eines, vorzugsweise auf wirthschaftlichen aber auch politischen Grundlagen beruhenden Bundes der drei mitteleuropäischen Staaten: Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Deutschland, eines Bundes, der lediglich Kultur- und Friedenszwecke verfolgt, die Aufrechterhaltung des Friedens sichert und uns nicht mehr zwingt, behufs Vertheidigung unserer neuen Reichslande alle unsere Kräfte in Rüstungen zu stecken und stets das Bajonet gegen Westen gefällt zu halten.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 19. Mai.

Berlin. Reichstag. Die Anleihe für die elsaß-lothringischen Reichsbahnen und das Aichungsgesetz werden definitiv genehmigt, letzteres mit einem Ersuchen an die Regierung um Ermittelungen ob und inwieweit auch festgeschlossene Flaschen, in denen Getränke zum Verkauf gelangen, der Aichung unterliegen können. Graf Bismarck legt den Kommissionsbericht über das Innungsgesetz vor. Baumbach tritt der Vorlage entgegen, daß nur Vertreter verwandter und gleicher Gewerbe zu Innungen zusammentreten dürfen und zieht gegen § 101 a zu Felde, welcher die Thätigkeit der Innungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens präcisirt. Richter-Hagen anerkennt, daß es wünschenswerth sein kann, wenn Arbeiter Legitimationen führen; aber es sei etwas anderes, wenn privilegirte Koalitionen solche vorschreiben. Es handle sich bei diesem Gesetz nur um Privilegien. Koalitionen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern. Den Arbeiter-Genossenschaften werden auch keine staatlichen Vorrechte zu Theil. Ackermann: Der Zweck dieses Gesetzes ist Kräftigung des Innungsgesetzes; die jetzige Gewerbeordnung hat dafür nichts gethan. Es muß den Gewerbtreibenden allerorten Gelegenheit geboten werden, sich zu Innungen zu vereinigen, weshalb gestattet sein muß, daß auch Gewerbtreibende verschiedener Gewerbe sich zusammenthun können, weil es an kleinen Orten an der genügenden Zahl gleichartiger Gewerbtreibenden fehle. Dr. Böttcher setzt voraus, daß Innungen ungleichartiger Gewerbe die Vorrechte bezüglich des Lehrlingswesens nicht auf in ihr nicht vertretene Gewerbe ausdehnen dürfen. Der Geheime Regierungsrath Lohmann erklärte hierauf, daß eine Innung auf andere Gewerbe also das, für welches sie gebildet ist, keinen Einfluß haben könne. Lasker erklärt das Gesetz als eine große Reaktion gegen die Gewerbefreiheit. Günther-Sachsen weist auf die Verhältnisse der kleinen Städte hin, wo Meister gleichartiger Gewerbe in zu kleiner Zahl vertreten sind, um eine Innung bilden zu können. Verlange man, daß nur gleichartige Gewerbe zu Innungen zusammentreten können, dann seien in den kleinen Städten Innungen überhaupt unmöglich. (Links: das schadet nichts!) Ja, dann stimmen Sie gegen das Gesetz, aber bringen Sie nicht Bestimmungen hinein, die es undurchführbar machen. Löwe-Berlin (300 Worte in der Minute): Die Rechte wolle blos Innungen, während es der Linken darauf ankomme, Verbände zu haben, die heilsam wirkten und das Gewerbe förderten. v. Kleist-Retzow: Von Reaction, von zwangsweiser Einführung der Arbeitsbücher sei keine Rede. Richter-Hagen: Die ganze praktische Wirksamkeit des Gesetzes werden kleinliche Polizei-Chicanen sein. Man schaffe nichts als bürcaukratische Willkür über den Handwerker. Sie haben jetzt nicht den Muth, obligatorische Innungen zu schaffen, weil wir vor den Wahlen stehen (Hoho!). Stumm nennt Richter's Ausführung lächerlich und wird zur Ordnung gerufen. v. Helldorf konstatirt, daß die Conservativen nach wie vor obligatorische Arbeitsbücher für nothwendig halten. Der Hamburger Sozialdemokrat Hartmann will auch, daß sich blos die, welche gleiche und verwandte Gewerbe betreiben, zu Innungen verbinden dürfen. Wo nur wenig solche Gewerbtreibende beständen, seien auch keine Zünfte nöthig. Auf eine Provokation Richters erklärte der Führer der Konservativen v. Helldorf noch, daß er die Agitation für obligatorische Innungen im Lande bedauere, weil sie unerfüllbare Hoffnungen erwecke. Die Fassung, wonach überhaupt Diejenigen, welche ein Gewerbe selbstständig betreiben, zu einer Innung zusammentreten können, wird angenommen. Der Betrieb gleicher oder verwandter Gewerbe ist also nicht erforderlich. Dr. Böttcher beantragt, daß von Aufnahmesuchenden, die bereits vor einer anderen Innung die Aufnahmeprüfung bestanden, eine solche nicht nochmals verlangt werde. Es soll damit der Zurückweisung aus Konkurrenzrücksichten vorgebeugt werden. Lüders, Hartmann, Richter, Dr. Delbrück, Löwe-Berlin, Lasker und Auer befürworteten den Antrag unter Hinweis darauf, daß auch Staatsbeamte in späteren Jahren nicht in der Lage wären, ihre Staatsprüfung abzulegen, sowie daß die Prüfungen mit großen Geldkosten für den zu Prüfenden verknüpft seien. Die Fassung der Vorlage stelle einen schweren Eingriff in die Freizügigkeit dar. Ackermann erblickt in dem Böttcher'schen Antrage einen Eingriff in die Autonomie der Innungen. Die einzelnen Gewerbe seien in verschiedenen Orten verschiedenartig entwickelt, die Ansprüche könnten deshalb auch nicht ganz gleichmäßige sein. Woalang: Konkurrenzrücksichten bei der Prüfung würden zu einflußlos sein, weil die Nichtaufnahme nicht die Ansässigmachung und Konkurrenz verhindere. v. Kleist: Es handle sich blos um eine Uebergangsbestimmung, weil es noch keine geprüften Meister gebe. Freiherr v. Gerkling spricht gleichfalls für die Fassung der Vorlage, worauf der Antrag Böttcher gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und des größten Centrumtheils angenommen wird. Eine längere Diskussion erregen noch die Bestimmung über die Theilnahme der Gesellen an Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, zu denen sie beitragen, und der von der Kommission beantragte Zusatz, wonach durch Innungsbeschluß von der Ausübung des Stimmrechts oder eines Ehrenrechts in ihr Die ausgeschlossen werden können, welche, ohne die Ehrenrechte verloren zu haben, ehrenrührige Handlungen begangen haben. Dieser Zusatz wird von Auer, Lasker, Schenk, v. Stauffenberg, Richter, Löwe und Windthorst bekämpft, während Ackermann, Dr. v. Schwarze und Graf Bismarck dafür eintreten. Schließlich wird derselbe abgelehnt und die Sitzung auf morgen vertagt.

Berlin. Nach der „N. A. Z." steht fest, daß eine Verweigerung des Staatszuschusses zu den Prämien der Unfall-Versicherung seitens des Reichstags jeder Vereinbarung die Möglichkeit nehmen würde. — Das Zustandekommen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags steht außer Zweifel. — Die Angelegenheit der Errichtung eines Reichstagsgebäudes liegt noch in Vorentscheidungen. Kaiserliche Entschließung ist, wie offiziös versichert wird, noch nicht getroffen.

Berlin. Der „Nat.-Ztg." wird aus Petersburg gemeldet: Der Zar faßte die feste Entschließung bezüglich der auswärtigen Politik, im Sinne der Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses zu wirken.

Stuttgart. Die Landesgewerbe-Ausstellung wurde heute durch den König eröffnet, welcher mit der Königin unter dem Jubel des Volkes das Gebäude betrat. Der Minister des Innern hieß den gestärkt aus dem Süden zurückgekehrten König willkommen und spendete den Ausstellern verdientes Lob. Der König besichtigte die Ausstellung, welche bei ihrem fertigen Zustand ein glänzendes Bild darbietet.

Paris. Der Kammer wurde der tunesische Vertrag vorgelegt. Es heißt dabei, Frankreich gewinne Sicherheit an der Algiergrenze und Tunis gewinne die Wohlthaten der Civilisation, Frankreich habe nur Wohlwollen für den Bey, und wird dies beweisen, wenn der Bey in seiner legitimen Autorität bedroht würde. Frankreich sei stolz auf die Bravour und die Disziplin in der Armee.

Tunis. Ein Gefecht bei Soukarda zwischen Franzosen und Eingeborenen hat zehn Stunden gedauert. Beiderseits sind starke Verluste. Die Franzosen marschiren auf Mater. In Bizerta ist eine französische Verstärkung gelandet.

Berliner Börse. Begann matt, bald aber trat ein Umschwung zum Besseren ein, so daß die Gesammttendenz als sehr fest bezeichnet werden kann. Erst der Schluß gestaltete sich wieder etwas schwächer. In Spekulationspapieren lebhaftester Verkehr. Oesterr. Kredit unverändert, Ungar. 5, Franzosen u. Lombarden je 1 M. besser schließend. Bahnen still, wenig verändert. Preußische Prioritäten fest, weniger fest österreichische, die sehr still lagen. Von Banken hatte das leitende Papier Diskontogesellschaft kolossales Geschäft; die übrigen geschäftslos. Sächsische Bankpapiere anziehend, nur Chemnitzer Bankverein verloren 1½ Proc. Fonds fest, Russen und Rumänier etwas besser. Bergwerke vernachlässigt. Industrien nachgebend. Hartmann — 1½ Proc.

Lokales und Sächsisches.

— Die silberne Medaille für Treue in der Arbeit erhielten dieser Tage vom Königl. Ministerium des Innern die in der Fabrik von Benjamin Hüttig u. Co. in Zittau 40, 34, 30 und 27 Jahre thätigen Arbeiter des Expedienten: August Tannert, Gottlieb Beck, August Hantsch, Friedrich Köhler und Wilh. Hanke. Die gleiche Auszeichnung erhielt der Bleicharbeiter Gottlieb Berndt, der seit 1828 in der Leinwandbleiche in Mittel-Leutersdorf beschäftigt ist.

— Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel hat die ihm in so ehrenvoller Weise angetragene Kandidatur in den Reichstag angenommen.

— Der sächsische Abg. Richter-Meißen ist zum Vorsitzenden derjenigen Reichstagskommission gewählt worden, die den Antrag des Abg. v. Below auf Verbot von Malzsurrogaten bei der Bierbereitung berathen soll.

— Im April wurden im deutschen Reiche 518,413 Mk. an Wechselstempelsteuer vereinnahmt; davon wurden erhoben im Oberpostdirektionsbezirk Leipzig 31,188, im Dresdner Bezirke 10,659 Mk.

— Unter den architektonischen Konkurrenzentwürfen für den neuen Johannes-Friedhof bei Tolkewitz ist die aus dem Bauburcau des Herrn Professor Giese und Architekt Weidner hervorgegangene Arbeit als die vorzüglichste anerkannt und zur Ausführung angenommen worden.

— Nachdem die beim Sanitätscorps des 12. Armeecorps vom Dienst abkömmlichen Sanitätsbeamten einen fast dreiwöchentlichen Uebungskursus in Verbindung mit herangezogenen Reservisten in Dresden unter Oberleitung von Oberstabsarzten praktizirt haben, sind selbige gestern nach ihren betr. Garnisonen resp. Urlaubsorten zurückgekehrt.

— Von der Kreishauptmannschaft zu Leipzig sind auf Grund § 1 und 6 des Reichs-Ges. vom 21. Oktober 1878 die Gesangvereine „Liederkranz" und „Erinnerung" in Stötteritz und „Lyra" in Gohlis verboten worden.

— Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde das vom communistischen Arbeiter-Bildungsverein zu London herausgegebene und in der dortigen sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckerei Freiheit gedruckte Flugblatt „Endlich!" verboten.

— Post. In der Packet-Ausgabe im neuen Postgebäude (Annenstraße) werden von jetzt an innerhalb der gewöhnlichen Dienststunden Postwerthzeichen verkauft und Einschreibebriefe angenommen.

— Die hiesige Versammlung deutscher Wollwaaren-Fabrikanten beginnt Sonntag den 22. Mai Abends im Gewerbehaussaal mit Commers unter Theilnahme von Damen, Montag den 23. früh 9 Uhr Verhandlungen. Nachm. 5 Uhr: Gemeinschaftliches Mahl. Dienstag den 24. früh ½9 Uhr Versammlung bei Helbig's, 9 Uhr Besuch des Grünen Gewölbes mit seinen unermeßlichen Kunst- und Werthschätzen, ½12 Uhr Versammlung im Böhmischen Bahnhof, Mittagsmahl, Abfahrt nach der Festung Königstein.

— Ein nach Ursache und Ausgang interessanter Bier-Prozeß ist kürzlich hier vor dem Landgerichte erledigt worden. In einer hiesigen großen Actien-Bierbrauerei war im Jahre 1878 immer flott darauf los gebraut und nicht bemerkt worden, daß die Quantität des vorhandenen Bieres weit über die durch die Kundschaft der Brauerei bedingte Verbrauchs-Möglichkeit hinausging. Es trat sonach die ganz naturgemäße, wenn auch unerfreuliche Folge ein, daß eine große Quantität Lagerbier schlecht ward und im Winter des genannten Jahres mußten mit schwerem Herzen ca. 750,000 Töpfchen „Lager" in die Schleuse gegossen werden, was einem Schaden von etwa 36,000 Mark gleichkam, den die Gesellschaft zu tragen nicht Willens war, vielmehr ihrem Braumeister die Verantwortung dafür, beziehentlich